

GRIECHENLAND

Trauerspiel nach der Tragödie

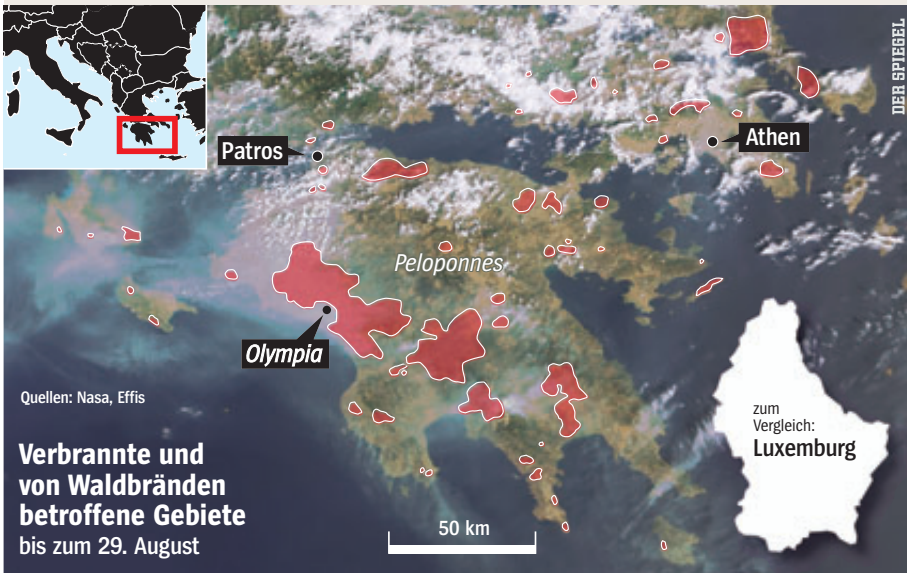
Am vergangenen Freitag waren die verheerenden Waldbrände, die eine Fläche von der Größe Luxemburgs verwüsteten und mindestens 4000 Menschen obdachlos machten, weitgehend unter Kontrolle. Die vorläufige Bilanz des Feuers: 64 Menschen sind umgekommen, 60 000 Schafe und Ziegen verendet, 4,5 Millionen Olivenbäume verbrannt – fünf Milliarden Euro soll der Schaden nach Schätzungen betragen.

Nun streiten der konservative Regierungschef Kostas Karamanlis und sein Herausforderer Georgios Papandreu über die politische Verantwortung für das Unglück – am 16. September sind Neuwahlen. In Umfragen liegen die Regie-

rungspartei Neue Demokratie und die sozialistische Pasok zurzeit Kopf an Kopf; vor den Waldbränden hatten die Konservativen einen deutlichen Vorsprung gehabt, Regierungschef Karamanlis galt damals schon fast als Wahlsieger.

Die Opposition wirft der Regierung schwere Versäumnisse bei der Ausrüstung der Feuerwehr und chaotisches Krisenmanagement vor. Tausende demonstrierten in Athen, Umweltverbände machen Bodenspekulanten verantwortlich, Karamanlis dagegen orakelt von Brandstiftungen in großem Stil und einer „asymmetrischen Bedrohung“; für die Ergreifung der Täter setzte die Regierung Belohnungen von bis zu einer Million

Euro aus. Außenministerin Dora Bakoianni behauptete gar, die Anarchistenszene habe die Feuer gelegt, um das Land zu destabilisieren, und beschuldigte damit indirekt den politischen Gegner. „Asymmetrischer Unsinn“, erwiderte Papandreu. Um die Griechen zu besänftigen, lässt die Regierung nun jedem Opfer der Brände 3000 Euro auszahlen – geprüft werden sollen die Ansprüche später. Bis Freitag hatten die Banken schon gut 72 Millionen Euro an rund 20 000 Personen ausgegeben. Verschiedene Zeitungen



Flammeninferno auf dem Peloponnes

berichteten von Betrügereien – manche angebliche Opfer waren Hunderte Kilometer weit gefahren, um sich bei den Banken anzustellen. Eine Karikatur in der Mitte-rechts-Zeitung „Kathimerini“ zeigte einen Helikopter, der über einer verwüsteten Gegend Kübel voller Geldscheine abwirft, während der Pilot sagt: „Ja, Herr Premierminister, wie besprochen: Wir werfen Hundert-Euro-Scheine ab, damit die Landschaft wieder grün wird.“

MAROKKO

Gefährlicher Zauber

Der Parlamentswahl am kommenden Freitag messen die Marokkaner große Bedeutung zu und erwarten, das Ergebnis werde diesmal „glaubwürdiger“ ausfallen als vor fünf Jahren. Das Innenministerium versucht offenbar, Betrug und Stimmenkauf einzudämmen. Bei Umfragen sagten drei Viertel der jungen Männer und Frauen zwischen 18 und 24, sie wollten zur Wahl gehen. Davon könnten vor allem die Religiösen profitieren. Deshalb hofft die gemäßigt-islamistische „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (PJD), die sich an der türkischen AKP orien-

tiert, zur stärksten Kraft unter den 33 Parteien aufzusteigen. PJD-Chef Saad Eddine al-Othmani, ein Psychiater, hat besonders viele junge und weibliche Fromme aufgestellt; er tritt für soziale



PJD-Anhänger

Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Aufschwung ein. Das zieht die jungen Leute an, von denen mancherorts die Hälfte arbeitslos ist. Um den Siegeszug zu bremsen, ließ das Innenministerium

zwei weitere religiös geprägte Parteien zu. König Mohammed VI., der laut Verfassung den Regierungschef und die wichtigsten Minister ernannt, wäre wohl geneigt, die Islamisten in die Regierung aufzunehmen. Der Monarch setzt darauf, dass sich der gefährliche Zauber der Islamisten in der Verantwortung für das Land mindern wird.